

Integration ist zum politischen Modewort geworden. Ausländische, aber auch behinderte und sozial auffällige Kinder und Jugendliche sollen in der Schule besser integriert werden. Hierzu bedarf es allerdings eines geeigneten Umfelds. Die Eltern sind gefordert, schreibt der Autor des folgenden Beitrages - und auch die Wirtschaft. Denn die schulische Integration nützt wenig, wenn später der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt bleibt.

Integration betrifft Kinder mit Behinderungen und Kinder aus Einwandererfamilien

Fragen der Integration in der Schule sind derzeit überall im Gespräch. Das ist gut so. Sie betreffen einerseits Kinder mit Behinderungen, mit Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten, andererseits aber auch Kinder aus Einwandererfamilien. Die Erstgenannten sollen, die Letztgenannten müssen in die Gesellschaft integriert werden. Es geht dabei um die Integration in eine Gesellschaft, die sich zunehmend entsolidarisiert, in welcher der Staat immer weniger gewillt - und finanziell in der Lage - ist, laufend wachsende Kosten im Gesundheits- und Bildungsbereich zu übernehmen. Privatschulen haben entsprechend Konjunktur, bereits auf der Unterstufe. Einzelmassnahmen für Schüler, sei es intensiver Förderunterricht oder seien es Therapien, werden immer schwieriger zu finanzieren.

Was ist zentral bei der Integration?

Integration wird erwartet, während es gleichzeitig für Schulabgänger mit begrenzten intellektuellen Möglichkeiten oder wenig Schulwissen immer problematischer wird, eine Lehrstelle und Arbeit zu finden. Die Integration muss somit auch in eine Gesellschaft erfolgen, die stark auf Selektion setzt und in welcher Schulreglemente immer häufiger den Ausschluss vorsehen. Lehrpersonen und Kinder sollen somit verwirklichen, was Politiker und Bürger zwar als Notwendigkeit anerkennen, was sie aber nicht selber umsetzen können oder wollen und was sie wirtschaftlich überfordert. Integration aber bedarf eines geeigneten Umfelds, zentral sind dabei die folgenden Punkte.

Wichtig ist zunächst, dass die Eltern eng mit der Schule zusammenarbeiten und die Lehrkräfte unterstützen. Schweizer Eltern müssen verstehen und bejahen, wenn sich die Lehrkraft mit einzelnen Schülern, die integriert werden sollen, mehr abgeben muss als mit deren eigenem Kind. Und auch dieses eigene Kind braucht elterliche Unterstützung in seinem Verständnis für benachteiligte Mitschüler. Oft fürchten die Eltern, dass die Wissensfortschritte ihrer Kinder sich verlangsamen, wenn in der Schule viel Zeit und Aufmerksamkeit für die Integrationsarbeit aufgewendet wird.

Eingewanderte Eltern ihrerseits haben eine anspruchsvolle doppelte Aufgabe: Sie müssen akzeptieren, dass ihr Kind als „Secondo“ andere Werte und einen anderen Lebensstil entwickelt als sie selber - eine neue Mischidentität, die eine gewisse Entfremdung mit sich bringt. Und sie sollten einsehen, dass sie selbst sich mit der Kultur und vor allem mit der Sprache des Gastlandes anfreunden und diese einbeziehen müssen, wenn ihr Kind nicht durch einen Loyalitätskonflikt zwischen Herkunftstradition und hiesiger Lebensart blockiert werden soll.

Integration als aufwändiger Prozess sozialen Lernens

Integration ist ein aufwändiger Prozess sozialen Lernens, der im Lehrplan genügend Platz haben sollte. In einer Konkurrenzgesellschaft entwickeln sich Solidarität, Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Konfliktfähigkeit nicht von selbst. Der Verzicht auf jegliche Diskriminierung - sei es wegen der Hautfarbe, der Sprache oder geringerer intellektueller oder sportlicher Fähigkeiten (bei Behinderten) - will geübt sein. Das gilt auch für die Wertschätzung der Differenzen, für die Akzeptanz, dass der andere anders ist. Dazu braucht es auch Kenntnisse des familiären Alltags von Kameraden, die kulturell oder religiös in ihrer Ursprungstradition verhaftet sind. Den Anfang machen kann man etwa mit einem interkulturellen Kalender im Schulzimmer, der beachtet und kommentiert werden soll.

Integration setzt voraus, dass jede Lehrperson ihren Unterricht sowohl auf die mehrkulturellen Gegebenheiten und Bedürfnisse ausrichten kann wie auch die heilpädagogischen bzw. sonderpädagogischen Bedürfnisse von Kindern mit intellektuellen oder körperlichen Einschränkungen oder Verhaltensstörungen. Dies setzt nicht nur eine entsprechende Aus- und Fortbildung voraus. Die Persönlichkeit der Lehrperson und ihr Entwicklungspotenzial werden noch wichtiger, als das schon bisher der Fall war. Bisweilen ist Unterstützung durch Weiterbildung und Supervision erforderlich. Gegenwärtig werden den Lehrerinnen und Lehrern in der Tendenz immer mehr zusätzliche Aufgaben zugemutet, ohne dass entsprechende Entlastungsmöglichkeiten bestehen. Das Risiko der Erschöpfung (Burnout) oder der Resignation wächst, besonders in der Oberstufe und in Berufsschulen. Für manche erfahrene Lehrperson mit tradiertem Berufsverständnis ist eine Umorientierung erforderlich, was anspruchsvoll und kostspielig ist.

Integration erfolgt vor allem über gemeinsames Handeln und Erleben

Wenn Methoden für das soziale und emotionale Lernen der Schüler in den Vordergrund rücken, verlangt dies selbstverständlich weiterhin Stoffvermittlung und Sachkompetenz, aber nicht in der bisherigen Vorrangstellung - trotz Pisa-Studie. Möglicherweise wird für ein erweitertes Schulprogramm die Verlängerung der obligatorischen Schulpflicht erforderlich und nicht die aus finanzpolitischen Überlegungen beliebtere Verkürzung. Integration erfolgt nicht nur im einzelnen Kopf, sondern vor allem über gemeinsames Handeln und Erleben. Nur in der Praxis gemeinsamer Erfahrung können sich Kompetenzen für die Integration erproben und bewähren. Dies verlangt in allen Fächern und auf allen Stufen mehr Teamarbeit, Handlungsorientierung und Gemeinschaftsprojekte - nicht als Ausnahme, sondern in den Schulalltag integriert. Individueller Wettbewerb und Selektion müssten in den Hintergrund treten, auch das entspricht allerdings gar nicht heutigen Trends. Projekt- oder Lagerwochen müssten eine noch wichtigere Stellung einnehmen, als sie das heute schon tun. - Lernen ist mehr als eine Einbahnstrasse, ausgehend von der Lehrkraft hin zu den Schülern. Und Schüler lernen gegenseitig voneinander; so können beispielsweise auch Schweizer Schüler Elemente der Sprache ihrer ausländischen Kolleginnen und Kollegen lernen, ihre Sitten und kulturellen oder religiösen Traditionen. Würde etwa jeder Schüler die Herkunftssprache eines fremdsprachigen Mitschülers lernen, so hätten wir in der hiesigen Bevölkerung innerhalb nur einer Generation eine Vielfalt von Sprachkompetenzen, welche dem Land in seiner internationalen Verflechtung wirtschaftlich und politisch neue Dimensionen erschliessen würde. Die Lehrkräfte ihrerseits erhalten im Umgang mit ausländischen Schülern Einblicke in andere Lebens- und Denkweisen. Hierfür sind Strukturen notwendig, damit Lehrkräfte und Eltern sich häufiger begegnen und intensiver kennenlernen als bisher. Der Ausbau der Elternarbeit ist auch ein Arbeitsbereich für die neu eingeführte Schulsozialarbeit.

Integration macht spezielle Massnahmen erforderlich

Ferner sind vielfach auch bauliche Investitionen notwendig. Alte Schulhäuser müssen rollstuhlgängig werden. Oft fehlen neben dem Schulzimmer Räume für Kleingruppen oder für Einzelunterricht. Für handlungsorientiertes Arbeiten braucht es entsprechende Einrichtungen, nachdem der handwerkliche Unterricht vielerorts eben erst abgeschafft oder reduziert worden ist. Auch Pausenplätze sollten unterteilt werden. Eine schon in den 1980er Jahren von der eidgenössischen Jugendkommission gemachte Empfehlung, das Schulhausgelände auch in der Freizeit als Treffpunkt zur Verfügung zu stellen, müsste wieder ernsthaft geprüft werden. Integration erfolgt bekanntlich auch in der Freizeit und braucht einen geeigneten und vertrauten Ort. Jede Schulanlage könnte Begegnungszentrum für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sein.

In den immer zahlreicher werdenden Schulgemeinden, welche in letzter Zeit im Hinblick auf die Ansprüche der Integration umgestaltet worden sind, stehen oft zu wenig Stunden der spezialisierten schulischen Heilpädagogen zur Verfügung; dringend notwendige Therapiemassnahmen lassen sich oft nicht finanzieren. Und immer bleibt auch eine kleine Gruppe von Schülern, deren Behinderung oder Verhaltensstörung unter den gegebenen Voraussetzungen eine zweckmässige Integration nicht erlauben.

Sonderklassen wurden vielfach unter politischem Druck aufgehoben, was betroffene Schüler wie auch ihr Umfeld überfordert. Integration kann nicht erzwungen werden. Es kommt letztlich zum Schulausschluss, zur Fremdplatzierung oder zu einer Verschlechterung der Lebensqualität. Man kann Schulbehörden nicht nachdrücklich genug davor warnen, auf regionale Sonderklassen gänzlich zu verzichten.

Ist Integration mit Einsparungen verbunden?

Durch die Bildungspolitik geistert die Vorstellung, dass Integration mit Einsparungen verbunden werden könnte. Mindestens sollte sie „kostenneutral“ ausfallen. Das ist eine Illusion und eine Täuschung der Steuerzahler. Die angesichts der gegenwärtigen demographischen und migrationspolitischen Entwicklung unerlässliche Integration, die zweckmässigerweise auch Lernbehinderte, Körperbehinderte und Verhaltensauffällige einbeziehen sollte, erfordert zusätzlichen Aufwand. Eine bei Eltern, Lehrpersonen und Schulklassen ungenügend vorbereitete und mangelhaft unterstützte Integration führt nicht nur zum Scheitern, sondern auch zu unabsehbaren sozialen Folgekosten und zu einem Zweiklassensystem im Bildungswesen.

Dieses Risiko ist gross. Mehrkosten für die Integration werden auch von der Wirtschaft zu tragen sein. Integration in der Schule bleibt eine Sackgasse, wenn die Absolventinnen und Absolventen anschliessend nicht in den Arbeitsprozess integriert werden - was sich bereits heute als schwierig erweist. Wir benötigen dringend für Schulabgänger, deren Schulwissen oder körperliche Möglichkeiten eingeschränkt oder deren Verhaltensweisen auffällig sind, innovative und nachhaltige - das heisst nicht bloss „kosmetische“ oder werbewirksame - Anschlusskonzepte und Projekte für die Arbeitsintegration.

Quelle: Heinz Stefan Herzka¹ in Neue Zürcher Zeitung vom 16./17. Dezember 2006

¹ Heinz Stefan Herzka ist Kinder- und Jugendpsychiater und emeritierter leitender Dozent der Universität Zürich; vom Autor veröffentlicht: „Kinderverträglich denken und handeln. Vorträge und Stellungnahmen.“ Basel, Schwabe (2005)